

## Dokumentation der Tagung vom 11.05.2017

### TeilnehmerInnen:

- Dr. Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag
- Prof. Dr. Michael Klundt, Hochschule Magdeburg-Stendal
- Eva Gerth, Landesvorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt
- Tom Erdmann, Landesvorsitzender der GEW Berlin
- Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes
- Nina Ohlmeier, Deutsches Kinderhilfswerk
- Norbert Müller, MdB, Kinderpolitischer Sprecher
- Jacqueline Bernhardt, MdL Mecklenburg-Vorpommern
- Eva von Angern, MdL Sachsen-Anhalt
- Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Ralf Christoffers, Vorsitzender der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE. in den Landtagen und im Deutschen Bundestag
- Anja Stiedenroth, Persönliche Referentin der Ministerin Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Brandenburg, Diana Golze
- Konstantin Bender, Koordinator der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN
- Stefan Hartmann, Mitarbeiter Dietmar Bartsch
- Kolja Fuchslocher, Referent für Kinder- und Jugendpolitik
- Christian Petermann, Sekretär des Netzwerkes
- Mehrere Vertreterinnen und Vertreter der Medien

### Begrüßung der TeilnehmerInnen

Dr. Dietmar Bartsch begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er stellt fest, dass die Sensibilität bezugnehmend auf das Thema Kinderarmut in der öffentlichen Debatte steigt. Insbesondere im laufenden Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen wird Kinderarmut von mehreren Parteien thematisiert. Dieser Trend wird sich auch im Bundestagswahlkampf widerspiegeln. Die Bekämpfung von Kinderarmut wird auch während der Koalitionsverhandlungen nach den Bundestagswahlen im Herbst nicht ignoriert werden können, unabhängig davon in welcher Konstellation die Verhandlungen geführt werden. Dies sei zunächst ermutigend, damit wird jedoch noch nichts über die Ergebnisse gesagt. Es bleibt die Hoffnung, dass eine nächste Bundesregierung substanzielle Fortschritte realisiert.

## Prof. Dr. Michael Klundt: „Kinderarmut und Reichtum in Deutschland“

Zunächst ist bei den bestehenden staatlichen Unterstützungsleistungen eine Schieflage festzustellen. Von den in Deutschland jährlich rund 200 Milliarden Euro an Familienleistungen (unter Einschluss nicht kindbezogener Leistungen wie das Ehegattensplitting) profitieren nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Überproportional profitiert das obere Zehntel der Einkommensgruppen, das unterste Zehntel erhält dementsprechend weniger. Kindergelderhöhungen kommen bei den Transferleistungsempfängern nicht an, da eine Erhöhung von 10 Euro Kindergeld zu einer Absenkung von 10 Euro des Hartz-IV-Satzes führt. Auch die EU-Kommission stellte 2017 fest, dass die unteren 40 Prozent der Bevölkerung seit 1990 weniger zur Verfügung stehendes Einkommen hätten.

Das Problembewusstsein gegenüber Kinderarmut ist nicht bei allen Parteien gleich vorhanden. So wird Kinderarmut im Koalitionsvertrag der Bundesregierung nicht erwähnt. Die Folgeerscheinungen von Kinderarmut werden zuweilen ignoriert und beschönigt. So wurden im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Streichungen vorgenommen und das Problem verharmlost. Auch ist die Tendenz innerhalb der Bundesregierung zu kritisieren, Armut als absolute Armut zu definieren. Armut ist immer als relative Armut anzusehen. Das zentrale Argument der Verfechter eines absoluten Armutsbegriffs ist zurückzuweisen. Es würde gesagt mit einer Reichtumsvermehrung für alle, bliebe der Anteil der Bevölkerung gleich, der in Relation zurückbleibe. Trotzdem hätte er mehr als jetzt zur Verfügung. Abgesehen davon, dass es den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte widerspricht, dass es zu einer Reichtumsvermehrung für alle kommt, bleibt der relative Unterschied bestehen. Dies wäre weiterhin zu kritisieren, denn Menschen würden sich immer an ihrem Umfeld messen und die Benachteiligung entsteht immer in Relation zu anderen.

Kinder sind keine Armutsursache. Das Vorhandensein von Kindern ist kein Anlass und keine kausale Notwendigkeit für Armut. Das Beispiel der skandinavischen Länder zeigt, dass auch alleinerziehende Haushalte genauso wenig armutsbedroht sein können, wie die Haushalte von Mehrfachverdienenden.

Neoliberales Demografisierungs-Framing: Es sei Bestandteil und politisches Ziel eines neoliberalen Dogmas den Staat in die Kürzungsnotwendigkeit zu treiben. Aus Einnahmeverlusten werden Kürzungsprogramme. Diese Umverteilung ist belegbar, seit 1990 findet aus den öffentlichen Haushalten eine Vermögensschiebung zugunsten großer privater Einkommen statt.

Die seit 2013 zu verzeichnenden Überschüsse des Bundes- und der Länderhaushalte sind Ergebnis radikaler Kürzungsprogramme. Der Preis dafür waren unterlassene Instandsetzung, das Ausbleiben von Investitionen und die Kürzung von sozialstaatlichen Leistungen. Ein solches Vorgehen ist jedoch nicht nachhaltig.

Um der Kinderarmut zu begegnen sind viele Maßnahmen notwendig. Es ist zu begrüßen, dass auf Landesebene Netzwerke bzw. Runde Tische, wie in Brandenburg gebildet werden, um durch Kooperationen und Interventionen Folgen von Armut zu lindern. Armutschecks bei Gesetzesvorhaben sind eine Möglichkeit die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Eine Vielzahl an weiteren „kleinen“ Maßnahmen sind sinnvoll: die Kostenfreiheit von Bibliotheken, die des öffentlichen Personennahverkehrs, ein kostenfreies Mittagessen. Auf kommunaler Ebene ist das Dormagener Modell als Präventionsansatz in der Kinder- und Jugendhilfe und Familienarbeit beispielgebend.

Der Erfolg steht und fällt jedoch mit den politischen Maßnahmen im Bund. Dieser muss die Finanzierungsgrundlage schaffen. Darunter zählt vor allem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Eltern. Die steuerliche Privilegierung von Mini-Jobs muss aufgehoben werden, Tarifverträge sind als allgemeinverbindlich zu erklären, das Steueraufkommen der Wohlhabenden ist zu erhöhen. Die oberen 30 Prozent der Bevölkerung haben sich über 90 Prozent des Gesamtvermögens angeeignet. Im Ergebnis ist der Verteilungskampf um die verbleibenden zehn Prozent umso höher.

## Eva Gerth, Landesvorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt sowie Tom Erdmann, Landesvorsitzender der GEW Berlin: Zusammenhänge von Bildung und sozialer Herkunft

Ein überproportionales Armutsrisiko besteht bei Familien mit mehr als drei Kindern, mit Migrationshintergrund und bei Alleinerziehenden. 34 % aller Kinder in Berlin leben in Bedarfsgemeinschaften. Armut wird vererbt, weil sich Bildungsarmut über Generationen fortsetzt.

Als Lehrkraft ist Ausgrenzung, die in Kinderarmut ihre Ursache findet, zwangsweise zu beobachten. Laut PISA-Studie sei die schulische Leistung nirgends wo sonst so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Sachsen-Anhalt. Die OECD stellt fest: In Deutschland hängt der Bildungserfolg besonders stark von der sozialen Herkunft ab. Deswegen sind gerade in sozialen Brennpunkten mehr Ressourcen für ein gutes Bildungsangebot notwendig.

Die Diskussion um die Kindergrundsicherung wird zu verkürzt geführt, wenn man dabei nur auf Geldüberweisungen für die Elternhäuser hinauswill. Vielmehr müssen damit auch infrastrukturelle Ausgaben verknüpft werden. Ein Teil des Geldes müsse für Kitas und Schulen verwendet werden, da nicht garantiert sei, dass die Kindergrundsicherung bei den Kindern ankomme. Gleichbehandlung funktioniere am ehesten über gleiche Bildungschancen.

Eine GEW Forderung an die Politik ist die Einführung der flächendeckenden Ganztagschule. Hierbei ist man in den letzten Jahren in Berlin schon gut vorangekommen. Nahezu alle Schulen haben zumindest ein offenes Ganztagsangebot.

Das eigentliche Referenzobjekt für die Überwindung des Zusammenhangs von Bildungserfolg und sozialer Herkunft ist jedoch die Gemeinschaftsschule. Deren Erfolg ist über eine wissenschaftliche Begleitung in zwei Erhebungswellen belegt. Demnach sind Lernzuwächse in Deutsch, Englisch und mittlerweile auch in Mathe und Naturwissenschaften festzustellen. Überdurchschnittliche Erfolge wurden im Vergleich zur Hamburger Kontrollgruppe festgestellt, die auch Gymnasien beinhaltete. Demnach ist der Bildungserfolg in Gemeinschaftsschulen unabhängig von der sozialen Herkunft.

Zu kritisieren ist jedoch, dass es nicht die Berliner Gemeinschaftsschule gibt. Deren Ausgestaltung ist individuell verschieden, weil es darunter welche gibt, die keine Oberstufe haben oder die ehemals Hauptschule waren. Insofern ist das Konzept der Gemeinschaftsschule noch nicht abschließend umgesetzt.